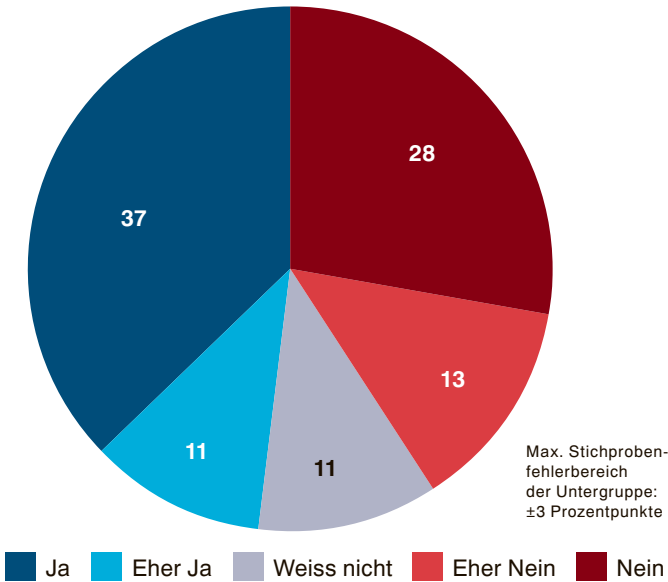


# Knappe Mehrheit spricht sich für 10-Millionen-Schweiz-Initiative aus

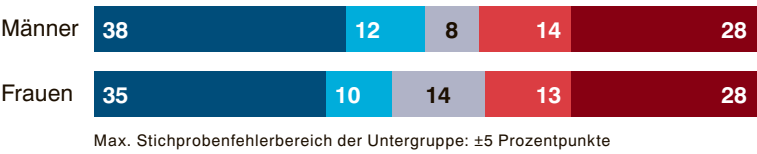
**Exklusive Umfrage** Mehr als acht von zehn SVP-Wählern sind für die Vorlage, jene von SP, Grünen und GLP ebenso klar dagegen. Entscheiden werden die Abstimmung die Anhänger von FDP und Mitte.

## Das Ja-Lager ist derzeit im Vorteil

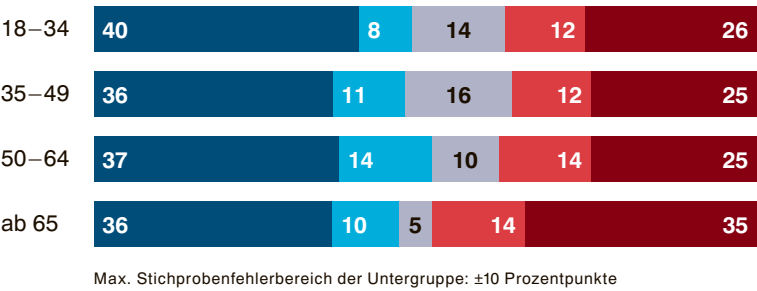
Werden Sie für die 10-Millionen-Schweiz-Initiative der SVP stimmen?



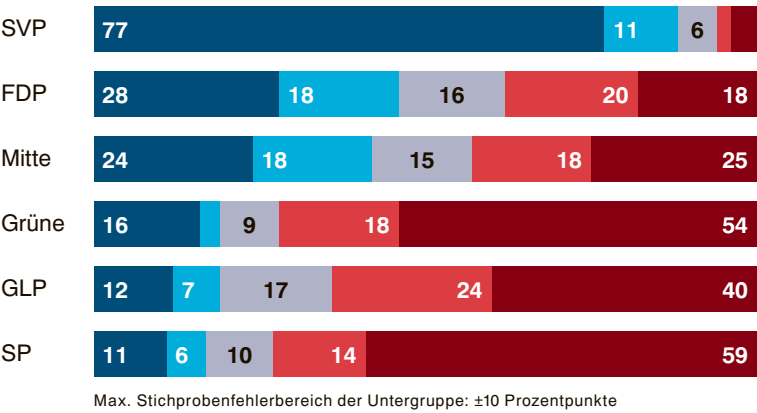
## Nach Geschlecht



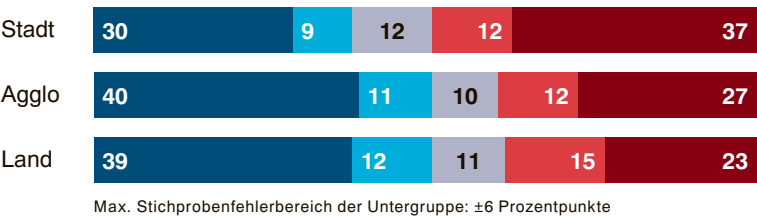
## Nach Alter



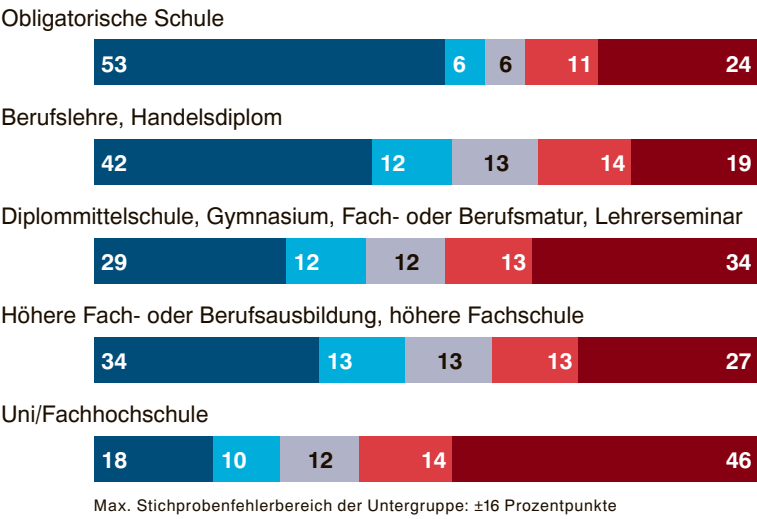
## Nach Parteianhängerschaft



## Nach Siedlungstyp



## Nach Bildungsniveau



Quelle: 20 Minuten/Tamedia-Umfrage in Zusammenarbeit mit dem Institut Leewas, Umfragetage: 27.–30. November 2025

Im kommenden Jahr stehen gleich mehrere Abstimmungen an, welche die Schweiz und ihren politischen Betrieb über Jahre hinweg verändern könnten. Die Bevölkerung muss unter anderem über das Schicksal der SRG (Halbierungsinitiative), ein neues Steuersystem (Individualbesteuerung), die Atom-Frage (Blackout-Initiative) sowie über die Rolle der Schweiz in der Welt (Neutralitätsinitiative) befinden. Keine Abstimmung wird das Land im kommenden Jahr aber so elektrisieren wie die 10-Millionen-Schweiz-Initiative der SVP.

### Initiativtext verstösst gegen mehrere internationale Abkommen

Die Initiative fordert, dass der Bundesrat und das Parlament bei 9,5 Millionen Menschen im Land Massnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung ergreifen müssen. Gemäss Initiativtext müsste der Bund unter anderem den Familiennachzug ins Land eindämmen – was gegen mehrere internationale Abkommen zwischen der Schweiz und dem Ausland verstossen würde. Steigt die Bevölkerungszahl trotz dieser Massnahmen auf über 10 Millionen Menschen an, müsste der Bundesrat – nach einer Wartefrist von zwei Jahren – das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU automatisch kündigen.

Nun liegt eine Umfrage von Leewas im Auftrag von Tamedia und «20 Minuten» vor, die zeigt, dass es bei der Abstimmung zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen kommen wird. Derzeit sprechen sich 48 Prozent der 10'917 Befragten für eine Annahme der Initiative aus, 41 Prozent sind dagegen. Die Zahl der Unentschlossenen ist mit 11 Prozent noch relativ hoch.

Die Umfrage zeigt, dass die Wählerschaft der SVP praktisch geschlossen hinter der Initiative steht. Klar gegen die Initiative ist die Wählerschaft von SP, Grünen und der GLP. Aber: Bei den Anhängerinnen und Anhänger von FDP und Mitte spricht sich aktuell rund die Hälfte für das SVP-Anliegen aus.

Auffällig ist auch, dass die Zustimmung je nach Bildungsabschluss der Befragten variiert. Personen mit einem Uni- oder Fachhochschulabschluss sagen mit einer Zweidrittelmehrheit Nein zur Initiative. Personen mit einer Berufslehre oder einem Handelsdiplom sprechen sich hingegen mehrheitlich dafür aus.

Eher gering sind die Unterschiede bei den Siedlungstypen. Befragte Personen aus der Stadt stehen der Initiative zwar tendenziell etwas kritischer gegenüber. Allerdings sind die Werte vergleichbar mit jenen aus der Agglo und dem Land. Dort spricht sich mit je 51 Prozent momentan nur eine minimale Mehrheit für die Initiative aus.

### Chancen für Gegenvorschlag stehen schlecht

Derzeit deutet vieles darauf hin, dass die Bevölkerung bereits im kommenden Juni über die SVP-Initiative abstimmen wird. An diesem Zeitplan kann sich während der Wintersession allerdings noch etwas ändern.

In der Herbstsession lehnte der Nationalrat die 10-Millionen-Schweiz-Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Am 15. Dezember ist sie nun auch noch im Ständerat traktandiert. Das wird für das Parlament die letzte Gelegenheit sein, um der Initiative noch einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Darauf pocht vor allem die Mitte. Auch wenn die Partei in der kleinen Kammer stark vertreten ist, gehen die meisten Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Bundesbern derzeit davon aus, dass es nicht für eine Mehrheit reichen wird. Am meisten Chancen werden einem Vorschlag von Ständerat Daniel Fässler (Mitte) zugerechnet. Dieser will, dass die Bevölkerung bei einem Überschreiten der 10-Millionen-Grenze noch einmal verbindlich gefragt werden soll, ob sie das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU tatsächlich kündigen will.

In Bundesbern gehen viele davon aus, dass eine Annahme der Initiative mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Zerwürfnis mit der EU führen würde. Das Personenfreizügigkeitsabkommen ist ein Kernelement der bilateralen Verträge. Wenn das Abkommen einseitig gekündigt wird, fallen auch alle anderen Verträge weg. Auch das neue Vertragspaket mit der EU würde bei einer Annahme der 10-Millionen-Schweiz-Initiative wohl hinfällig werden.

Quentin Schlapbach